

Eintretensvotum

Geschäftsnummer 4000.244
Traktandum 2 Gesundheitsbericht 2021; Genehmigung
Sprecherin Annegret Wigger, Heiden

Sehr geehrter Frau Kantonsratspräsidentin
Sehr geehrter Herr Landammann
Geschätzte Damen und Herren von Regierungs- und Kantonsrat

Mit dem Gesundheitsbericht 2021 liegt eine differenzierte Analyse zur gesundheitlichen Lage der Bevölkerung sowie der aktuellen Versorgungssituation in unserem Kanton vor. Der Bericht ist sehr Leser:innen freundlich aufgebaut. Pro Themenfeld steht eine Zusammenfassung in Form einer Grafik sowie eine Erläuterung der kantonalen Herausforderungen zur Verfügung. So kann man relativ schnell einen ersten Überblick gewinnen. Die angebotenen Interpretationen, wie zum Zusammenhang von sozialer Lage und Geschlecht einerseits und Gesundheitszustand und Wahrnehmung von Gesundheitsangeboten andererseits, sind sorgfältig vorgenommen worden und die Autor:innen machen sichtbar, wo die Datenlage ungenügend ist, um klare Schlussfolgerungen zu ziehen.

Aus Sicht der SP-Fraktion bietet dieserr Gesundheitsbericht eine methodisch sorgfältig gestaltete Datenbasis, um die kantonale Gesundheitspolitik vorausschauend zu planen. Denn der Bericht liefert Antworten auf drei wichtige Fragen:

1. Wie ist der Gesundheitszustand der kantonalen Bevölkerung mit Blick auf Lebenserwartung und die selbst wahrgenommener Gesundheit sowie auf gesundheitlichen Risiken im Vergleich mit anderen Kantonen. (Teil 2)
2. Was wird von öffentlich-rechtlichen und privaten Organisationen in den ambulanten und stationären Bereichen angeboten und wie werden die Angebote wahrgenommen? (Teil 2) Und schliesslich:
3. Welche Angebote werden neben der Grundversorgung von der Regierung fokussiert? (Teil 1)

Auch wenn sich die grosse Mehrheit unserer Bevölkerung selbst einen guten bis sehr guten Gesundheitszustand attestiert, so zeigt der steigende Suchtmittelkonsum insbesondere das Risiko des chronischen Alkoholkonsums und die markante Zunahme von Personen mit starkem Übergewicht, dass auch hier bei uns auf dem Land, die Welt nicht einfach in Ordnung ist. Die individuellen Belastungen sind mit der Coronasituation weiter gestiegen und haben – laut verschiedener Studien - zu einem weiteren Anstieg psychischer Probleme besonders unter Jugendlichen geführt.

Daher ist es mehr als irritierend, dass die Regierung ausgerechnet präventive Aktivitäten aufgrund mangelnder Ressourcen beendet hat bzw. nicht mehr weiterführen will. So wurde bereits 2014 das Projekt 'Gesundes Körpergewicht' in Folge Spardrucks beendet und auch das Pilotprojekt der aufsuchenden Suchtarbeit wurde nicht weiter geführt, dies obwohl man

Eintretensvotum

weiss, dass 90% der Suchtgefährdeten bzw. Abhängigen von der Suchtberatung nicht erreicht werden. (vgl. S.119) Dass ausgerechnet im Bereich der *Vorbeugung gesundheitlicher Risiken* gespart wird ist aus Sicht der SP Fraktion absolut unverständlich; nicht mal 3% aller Ausgaben fliessen in die Prävention, ein Fakt der schon mehrmals von der OECD kritisiert wurde.

Die SP-Fraktion fordert nicht nur die Regierung, sondern insbesondere auch den Kantonsrat, der jährlich die finanziellen Mittel spricht, eindringlich dazu auf, nicht an der falschen Stelle zu sparen. Denn mit Blick auf das individuelle und gesellschaftliche Wohlbefinden sind Projekte wie die aufsuchenden Suchtarbeit, das Programm 'Zwäg ins Alter' oder Programme, die die Psychische Gesundheit stärken, allemal rentabler als die nachträgliche Behandlung.

Ein anderer Blick auf die kantonale Gesundheitspolitik ergibt sich, wenn man die Versorgungslage im Kanton unter finanziellen Aspekten betrachtet. Die Darstellung der verschiedenen Patientenströme inner- und ausserkantonale zeigt, dass vom hohen ausserkantonalen Zulauf in erster Linie die privaten Kliniken finanziell, während Grundversorger, wie der SVAR aufgrund der Abwanderung speziell aus dem Vorderland – das Nachsehen hat. Die erarbeitete Datengrundlage macht deutlich, wie wichtig es ist das stationäre Angebot im Verbund mit den anderen Ostschweizer Kantonen zu planen, um sowohl eine Über- als auch Unterversorgung zu verhindern.

Ein weiteres Ungleichgewicht zeigt sich bei der Kostenverteilung. Obwohl der Einkommensdurchschnitt der Ausserrhoder Bevölkerung unter dem Schweizer Durchschnitt liegt, erhalten bei uns immer weniger Menschen, nämlich inzwischen nur noch 21% eine Prämienverbilligung, durchschnittlich 6% weniger als in anderen Kantonen. Dies obwohl das KVG den Risikoausgleich für Personen mit unteren und mittleren Einkommen vorgesehen hat. Auch wenn es durchaus zutrifft, dass einzelne Betroffene ihr Bezugsrecht nicht wahrnehmen und dass die zur Verfügung stehende Summe möglicherweise nicht optimal verteilt wird, so liegt die Ursache für den stetigen Abbau der Prämienverbilligung in unserem Kanton, nämlich um 3.7% , darin, dass die Mehrheit des Kantonsrates bisher nicht bereit war, genügend Geld für die Prämienverbilligung zur Verfügung zu stellen.

Die Daten der stationären Versorgung und der Alters- und Pflegeheime werfen eine weitere Frage auf: Woran liegt es, dass in Ausserrhoden verglichen mit dem Schweizer Durchschnitt eine Überversorgung vorhanden ist. Gerade für die Altersheimplanung ist es wichtig zu wissen, wieso deutlich weniger Menschen die Spitexdienste in Anspruch nehmen und stattdessen eine stationäre Betreuung bevorzugen. In den Alters- und Pflegeheimen leben in erster Linie Frauen, nämlich 70%, die eine deutlich geringere Pflegebedürftigkeit aufweisen. Vielleicht liegt es ja daran, dass Frauen ihr lebenslang andere Menschen versorgt haben und jetzt an ihrem Lebensende auch einmal Versorgung in Anspruch nehmen möchten. Mit anderen Worten es geht hier nicht nur um ökonomische Fragen, sondern auch zu überlegen, was es neben der Spitex noch benötigt, damit das Alleinleben im Alter erträglich bleibt.

Im Wissen nur einige wenige Themen herausgegriffen zu haben, komme ich zum Schluss: Aus Sicht der SP Fraktion erfüllt der Gesundheitsbericht seine Funktion als politisches Steuerungsinstrument. Die SP-Fraktion spricht sich – im Unterschied zur Regierung und anderen Fraktionen - explizit für die Fortsetzung der Berichterstattung aus. Denn bei



Eintretensvotum

Gesundheitsausgaben von insgesamt mehr als 300 Millionen wäre es grob fahrlässig, auf einen datenbasierten Wegweiser zu verzichten.

Die Fraktion anerkennt, dass die Erstellung des Gesundheitsberichtes eine zusätzliche Belastung der Verwaltung darstellt. Aber die Problematik der knappen Personalressourcen – insbesondere in Coronazeiten – ist nicht durch Verzicht auf wichtige Steuerungsinstrumente zu lösen. Die Frage der angemessenen Ressourcenzuteilung stellt sich vielmehr in der Dezembersession bei der Beratung des Voranschlages 2022.

Die SP- Fraktion genehmigt einstimmig den vorliegenden Gesundheitsbericht und bedankt sich bei allen Beteiligten, die an dem gehaltvollen Bericht mitgearbeitet haben. Einzelne Fragen werden in der Detailberatung gestellt.